

Belehrung, Fragebogen und Erklärung zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst

Nach dem Beamtenstatusgesetz müssen sich Beamtinnen und Beamte durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.

Dementsprechend darf nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Beamtenstatusgesetzes in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten.

Gleiche Vorschriften gelten auch für Richterinnen und Richter (§ 9 Nr. 2 des Deutschen Richtergesetzes).

Die Verpflichtung, sich durch sein gesamtes Verhalten zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen, ergibt sich für Beschäftigte aus § 3 Abs. 1 Satz 2 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (Urteil vom 23. Oktober 1952) – Az. I BvB I 51 – Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 2 S. 1ff; Urteil vom 17. August 1956 – Az. I BvB 251 – Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts Bd. 3 (S. 85 ff.) eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist das Gegenteil des totalen Staates, der als ausschließliche Herrschaftsmacht Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit ablehnt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind insbesondere zu rechnen:

die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit,
die Volkssouveränität,
die Gewaltenteilung,
die Verantwortlichkeit der Regierung,
die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
die Unabhängigkeit der Gerichte,
das Mehrparteienprinzip,
die Chancengleichheit für alle politischen Parteien,
das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die Teilnahme an Bestrebungen, die sich gegen die durch die vorgenannten Grundsätze gekennzeichnete freiheitliche demokratische Grundordnung richten, ist unvereinbar mit den Pflichten eines im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Dabei ist es ohne Bedeutung, ob diese Bestrebungen im Rahmen einer Organisation oder außerhalb einer solchen verfolgt werden.

Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst, die an verfassungsfeindlichen Bestrebungen teilnehmen oder sie unterstützen, dürfen nicht eingestellt werden.

Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die schuldhaft gegen die ihnen obliegende Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen, müssen damit rechnen, dass gegen sie ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel ihrer Entfernung aus dem Dienst eingeleitet wird.

Beschäftigte müssen in diesen Fällen mit einer außerordentlichen Kündigung rechnen.

Fragebogen

Name (ggf. Geburtsname und frühere Familienname).....

Vorname:

Wohnanschrift während der letzten 10 Jahre:

.....
.....
.....

Bewerberinnen und Bewerber, die nach dem 12.1.1990 das 18. Lebensjahr vollendet haben, brauchen nur die Fragen 10 und 11 zu beantworten.

1. Haben sie jemals offiziell oder inoffiziell, hauptamtlich oder in sonstiger Weise für das Ministerium für Staatssicherheit/ Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen DDR oder eine der Untergliederungen dieser Ämter oder vergleichbare Institutionen oder für einen ausländischen Geheimdienst gearbeitet?

ja nein

Wenn ja:
In welcher Weise?

Wo?

Von wann bis wann?

Aus welchen Gründen wurde die Tätigkeit beendet?

- 1.1. Haben Sie Zuwendungen finanzieller oder materieller Art von einer der o. g. Stellen erhalten?

ja nein

Wenn ja:
Welcher Art und welcher Höhe?

- 1.2. Haben Sie eine Verpflichtungserklärung zur Zusammenarbeit mit einer der genannten Stellen abgegeben?

ja nein

Wenn ja: Wann?

Mit welcher Stelle?

- 1.3. Sind Sie von einer der genannten Stellen zur Mitarbeit aufgefordert worden?

ja nein

Wenn ja:
In welcher Form?

Wann?

Mit welchem Ergebnis?

1.4. Haben Sie im Wege einer Verpflichtung als Reisekader oder über Kontakte, zu denen Sie als Mitarbeiter örtlicher Staatsorgane, als Leiter oder aufgrund gesellschaftlicher Funktionen verpflichtet waren, für eine der genannten Stellen gearbeitet?

ja nein

Wenn ja:

In welcher Weise (gelegentlich oder unentgeltlich, über mittelbare Kontakte)?

Wo?

Von wann bis wann?

Aus welchen Gründen wurden diese Kontakte beendet?

2. Hatten Sie vor dem 9. November 1989 Mandate oder Funktionen in oder für politische(n) Parteien oder Massenorganisationen (z. B. FDGB, FDJ, GST, DFD, DSF) der ehemaligen DDR inne?
Hatten Sie in dieser Zeit sonst eine herausgehobene Stellung in der ehemaligen DDR inne?

ja nein

Wenn ja:

Welche Funktionen / Mandate / Stellung?

Wann?

Wo?

3. Waren Sie Mitglied einer Betriebskampfgruppe?

ja nein

Wenn ja:

In welchem Zeitraum?

In welcher Funktion?

4. Hatte die Funktion in der unter Nummer 2 und 3 genannten Partei/ Organisation einen unmittelbaren Zusammenhang mit Ihrer dienstlichen Tätigkeit?

ja nein

Wenn ja:

Welchen?

5. Unterlagen Sie im Rahmen Ihrer früheren Tätigkeit besonderen Geheimhaltungsverpflichtungen (VP, VVS, GVS, GKDoS)?

ja nein

Wenn ja:

In welchem Zeitraum?

6. Waren Sie vor dem 9. November 1989 in einem Betrieb in der ehemaligen DDR oder für einen solchen außerhalb der ehemaligen DDR auf Leitungsebene tätig?

ja nein

Wenn ja:
In welchem Betrieb?

Welche Tätigkeit?

Wo?

Wann?

7. Waren Sie vor dem 9. November 1989 im beruflichen oder gesellschaftlichen Auftrag außerhalb des Gebietes der ehemaligen DDR tätig?

ja nein

Wenn ja:
In welcher Weise?

Wann?

Wo?

8. Haben Sie eine Ausbildung außerhalb des Gebietes der ehemaligen DDR absolviert?

ja nein

Wenn ja:
Welche?

Wann?

Wo?

9. Haben Sie eine andere als allgemeinbildende bzw. berufsausbildende Ausbildung durchlaufen (z. B. Parteischulen o. ä.)?

ja nein

Wenn ja:
Welche?

Wann?

Wo?

10. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer oder mehrerer extremistischer oder extremistisch beeinflusster Organisationen?

ja nein

Wenn ja:
Welche Organisation?

Von wann bis wann?

In welcher Funktion?

11. Unterstützen Sie eine oder mehrere extremistische oder extremistisch beeinflusste Organisationen oder haben Sie solche unterstützt?

ja nein

Wenn ja:
Welche Organisation?

Von wann bis wann?

Art der Unterstützung:

Wenn der Raum für Ihre Antworten auf diesem Vordruck nicht ausreicht, fügen Sie bitte ein zusätzliches Blatt bei.

Erklärung

Aufgrund der mir übergebenen Belehrung über die Pflicht zur Verfassungstreue im öffentlichen Dienst erkläre ich hiermit ausdrücklich, dass ich die darin genannten Grundsätze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bejahe und dass ich bereit bin, mich jederzeit durch mein gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhaltung einzutreten.

Ich versichere ausdrücklich, dass ich die vorstehenden Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht habe. Mir ist bekannt, dass ich bei falschen, unvollständigen oder fehlenden Angaben im Einstellungsverfahren damit rechnen muss, dass ich nicht eingestellt werde oder eine erfolgte Einstellung zurückgenommen wird, bzw. dass das Arbeitsverhältnis fristlos gekündigt oder der Arbeitsvertrag angefochten wird.

Ich erkläre meine Zustimmung zur Einholung von erforderlichen Auskünften beim Landesamt für Verfassungsschutz, beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und bei der Zentralen Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen. Soweit ich bislang im öffentlichen Dienst tätig gewesen bin, bin ich damit einverstanden, dass meine Personalakten/ Kaderakten beigezogen werden.

Ich versichere, dass meine Angaben in diesem Fragebogen der Wahrheit entsprechen und vollständig sind. Änderungen zu diesen Angaben werde ich unverzüglich mitteilen.

Ort, Datum

Unterschrift